

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vor Ihnen liegt die Vorlage der Verwaltung zu unserem Antrag auf Aufklärung über die Verwendung von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat sowie weiterer Pestizide in der Stadt Olsberg.

Dieser Antrag soll dazu dienen, dem biologischen und ökologischen Wandel in unserer Stadt eine Chance zu geben.

Was tun Sie?

In vielen Punkten wird auf die Verantwortlichkeit anderer Behörden verwiesen oder auch darauf hingewiesen, dass z. B. die Anwender einen entsprechenden Sachkundehinweis erbringen müssen, um entsprechende Pestizide einsetzen zu dürfen.

Sie halten weitere Regelungen nicht für erforderlich oder auf Grund rechtlicher Regelungen, ist Ihres Erachtens nach, eine weitere Konkretisierung nicht erforderlich.

Wir alle wissen: Nur, weil Gesetze bestehen oder auch die Verantwortlichkeit tlw. beim Land liegt, heißt das doch noch lange nicht, dass diese Gesetze und Vorschriften auch immer eingehalten werden. Unsere Stadt kann und darf sich hier nicht einfach aus der Verantwortung ziehen!

Sie wollen sich dem ökologischen Landbau gegenüber aufgeschlossen zeigen anstatt klar Stellung zu beziehen und sagen: „Bei Neuverpachtungen, werden ökologisch geführte Betriebe bevorzugt behandelt!“

Dass Sie unter Punkt 2. a der Vorlage tatsächlich noch versuchen, dem Glyphosateinsatz etwas Positives abzugewinnen, das macht mich echt sprachlos!

Dass Glyphosat zumindest im Verdacht steht, krebserregend zu sein, darin sind wir uns doch sicher alle einig, oder?

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Stadt Olsberg hätte mit dem Beitritt zu dem Verbund „Kommunen für biologische Vielfalt e. V.“ die Chance gehabt, auch nach außen hin zu zeigen, dass sie bereit ist Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger und die Natur zu übernehmen und endlich etwas gegen den Klimawandel zu tun. Nach neuesten Umfragen, möchten 63% unserer

Bürgerinnen und Bürger, dass Bund, Land und Kommunen mehr für den Naturschutz und gegen den Klimawandel tun!

Wenn ich mich als Kommune aber sämtlicher umweltpolitischer Fragen und Probleme verschließe und keinerlei Verantwortung hierfür übernehmen möchte, dann sehe ich natürlich auch keinen Mehrwert in einem Beitritt zu diesem Verein und kann mir zur weiteren Haushaltskonsolidierung die 165 € Jahresbeitrag sparen.

Als Fazit bleibt für mich festzustellen, dass unsere Stadt offenbar in keiner Weise bereit ist Verantwortung zu übernehmen und unsere Bürgerinnen und Bürger vor den Folgen des Klimawandels zu schützen, und unseren nachfolgenden Generationen eine intakte Umwelt zu hinterlassen. Wenn wir so weitermachen meine Damen und Herren, dann sehen wir in den kommenden Jahren noch weniger Bienen in unseren Gärten als bisher und haben wahrscheinlich demnächst jedes Jahr einen frühlingshaften November.

Wer das möchte, der hat sicher keine Probleme dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Ich appelliere jedoch an Sie, diesem Antrag eine Chance zu geben, damit unsere Stadt Verantwortung für den notwendigen ökologischen und biologischen Wandel übernimmt.

Ich beantrage daher, vor Abstimmung über den Beschlussvorschlag, unseren Antrag am 30. März 2019 erneut auf die Tagesordnung zu nehmen und zur weiteren Beratung, einen unabhängigen Sachverständigen hinzuziehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.